

Sperrfrist: Samstag, 10.10. – 17.30 Uhr

„Zukunft kann nur gewinnen, wer die Vergangenheit nicht verschweigt“

Landesbischof Friedrich ruft Türkei auf zu ehrlichem Dialog und Versöhnung mit Armeniern, Assyrern und Pontosgriechen

Landesbischof Johannes Friedrich hat heute anlässlich einer Gedenkveranstaltung in der Münchner Kreuzkirche die türkische Regierung aufgefordert, „sich mit der Rolle des Osmanischen Reiches und der Türkei gegenüber dem armenischen Volk in Geschichte und Gegenwart auseinanderzusetzen“.

Ausdrücklich unterstützte Friedrich – wie bereits die EKD im Jahre 2005 – die Forderung von Karekin II., dem Katholikos aller Armenier, der gefordert hatte: „Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts muss anerkannt und verurteilt werden durch die ganze Welt und auch durch die Türkei, denn Gewalt und Mord können nicht den Kurs der Menschheit führen“.

Aus eigener Erfahrung in Deutschland wisse er, dass die „offene und ehrliche gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung“ mit der nationalsozialistischen Vergangenheit viel Kraft koste, aber „noch viel mehr positive Kräfte“ freisetze für eine Jugend, die nach Wegen des Friedens sucht, für einen glaubwürdigen Kampf gegen Rechtsradikale und eine „glaubwürdige deutsche Außenpolitik im Dienste der Menschenrechte und des Friedens“. Die Zukunft könne nur gewinnen, „wer die Vergangenheit nicht verschweigt“, so Friedrich.

Der Landesbischof bezeichnete es als „beschämend“, dass vor 95 Jahren für das Deutsche Reich als Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches die „eigenen Interessen wichtiger waren“ als „der Aufschrei für Menschen, die zu Millionen ihr Leben lassen und fliehen mussten“.

Nicht zuletzt diese geschichtliche Verantwortung sei ein Grund dafür, so Friedrich weiter, dass die bayerische Landeskirche seit Jahren Solidarität übe und freundschaftliche Kontakte halte mit den Christen in der Türkei und im Irak.

Das Überleben der alten christlichen Gemeinschaften der Assyrer, Chaldäer, Aramäer, Syrer, Armenier und Pontosgriechen sei auch „ein Indiz dafür, ob sich die betreffenden Staaten demokratisch und rechtsstaatlich entwickeln“, betonte Friedrich.

München, 9. Oktober 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher